



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

interfraktioneller Antrag öffentlich SPD-Fraktion CDU-Bezirksfraktion Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN DIE LINKE-Fraktion FDP-Gruppe Gruppe Piraten	Drucksachen-Nr.: 20-2240
	Datum: 16.11.2015
	Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg	16.11.2015

**Verkehrsplanung Krausestraße:
Frühzeitige Beteiligung optimal gestalten
gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE GRÜNEN und
DIE LINKE sowie der Gruppen von FDP und Piraten**

Sachverhalt:

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) plant, in den kommenden Jahren den gesamten Straßenzug Krausestraße, Mühlenstraße, Brauhausstraße zu überarbeiten. Etwa zwei Drittel des Verlaufs liegen in Hamburg-Nord (Stadtteile Barmbek-Nord und Dulsberg), der Rest in Hamburg-Wandsbek (Stadtteil Wandsbek). Es handelt sich hierbei um Hauptverkehrsstraßen, die allein in der Zuständigkeit des LSBG und damit des Landes Hamburg liegen.

In der Sitzung des für Hamburg-Nord zuständigen Regionalausschusses, an der auch einige Vertreter des auf Wandsbeker Seite zuständigen Regionalausschusses teilnahmen, stellte der LSBG in Grundzügen sein neues Beteiligungskonzept für bedeutende Straßenverkehrsvorhaben sowie erste Elemente eines Beteiligungsprozesses für die Krausestraße vor.

Grundprinzip des neuen Verfahrens ist laut LSBG zunächst die Klärung, ob das Projekt mit einer erweiterten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vorangetrieben werden sollte, oder ob die bisher angewandte, formale Form der Beteiligung ausreicht. Beispielsweise bei großen Zielkonflikten oder hohem Bürgerinteresse soll die erweiterte Form der Beteiligung gewählt werden. Dann begänne der Prozess mit frühzeitiger Einbeziehung der lokalen Akteure und der Bevölkerung, der Ermittlung von Ist-Zuständen und der Abfrage von Wünschen und

Ansprüchen an die zu überplanenden Bereiche sowie einer Priorisierung sich ggf. widersprechender Nutzungsansprüche. Auf Grundlage dieser Vorermittlungen würden dann Varianten für die Neugestaltung des Straßenraumes erstellt werden, wobei eine Vorzugsvariante mit den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) abgestimmt würde. Alle Varianten würden dann öffentlich vorgestellt und diskutiert werden. Erst dann startet der übliche Planungsprozess mit einer ersten Verschickung, Abstimmung mit den TÖB, einem weiteren öffentlichen Termin und schließlich der Schlussverschickung.

Im Anschluss an die Vorstellung des LSBG war der Ausschuss gebeten, diese zu kommentieren und insbesondere seine Vorstellungen dazu zu äußern, welche lokalen Akteure wie in die Diskussion um die Umplanungen des Straßenzuges einbezogen werden sollten, um eine möglichst breite Beteiligung der Öffentlichkeit zu gewährleisten.

Petition/Beschluss:

Der Regionalausschuss möge beschließen:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg begrüßt das Vorhaben des LSBG, den Straßenzug Krausestraße, Mühlenstraße, Brauhausstraße umzugestalten. Entsprechende Anträge wurden schon mehrfach in verschiedenen Gremien des Bezirks Nord verabschiedet. Beispielhaft sei auf Drs. XX-3340 aus 2013 verwiesen, worin bereits gefordert wurde, die Krausestraße nicht vierspurig auszubauen und regelkonforme radfahrstreifen und Fußwege auf gesamter Länge anzulegen.

Auch die vom LSBG vorgetragene Absicht, sich schon vor Beginn des formalen Planungsverfahrens intensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern über deren Wünsche, aber auch deren Umsetzbarkeit und Auswirkungen auf den Straßenzug auseinanderzusetzen, wird begrüßt. Im folgenden formuliert der Ausschuss, was aus seiner Sicht vor diesem Hintergrund zu berücksichtigen ist.

1. Da die betroffenen Straßenzüge in der Verantwortung des Landes Hamburg (vertreten durch den LSBG) liegen, muss das gesamte Beteiligungsverfahren von diesem durchgeführt werden. Das umfasst insbesondere die Durchführung von Veranstaltungen, die Herausgabe von Informationsmaterialien und die gesamte Öffentlichkeitsarbeit.
2. Vor Beginn des Prozesses und gegebenenfalls auch währenddessen muss klar kommuniziert werden
 - Welcher Zeitrahmen für den Prozess zur Verfügung steht
 - Wie der Ablauf des Prozesses geplant ist
 - Was die Ziele und was explizit nicht Ziele des Prozesses sind
 - Welche Einfluss- oder/und Entscheidungsmöglichkeiten diejenigen haben, die sich am Prozess beteiligen. Dies sollte abgeleitet werden aus den hier genannten, schriftlich zu fixierenden Rahmenbedingungen des Prozesses
 - Wer wann welche Entscheidungen im Prozess fällt
 - Welche Rolle der Bezirk und die Bezirkspolitik spielen und welche Kompetenzen diese haben
3. Die Akzeptanz von Beteiligungsprozessen steht und fällt auch damit, dass ausreichend breit dazu eingeladen und dabei insbesondere der Kontakt zu lokalen Aktiven, Multiplikator_innen und politischen Akteur_innen gesucht wird. Für den hier betrachteten Straßenzug sollten aus Sicht des Regionalausschusses mindestens die folgenden Institutionen zu einer aktiven Beteiligung eingeladen werden:
 - Regionalausschuss BUHD
 - Stadtteilrat Dulsberg
 - Stadtteilrat Barmbek-Nord
 - Stadtteilrat Barmbek-Süd (als Vertretung der direkten Nachbarn)
 - Stadtteilschule Barmbek Emil-Krause Gymnasiale Oberstufe (Standort an der

Krausestraße Ecke Straßburger Straße)

- Franz-von-Assisi-Schule

Aus dem Kontakt mit den oben beschriebenen Akteur_innen können sich Informationen zu weiteren wichtigen Personen/Institutionen ergeben, die ebenfalls eingeladen werden sollten, sich zu beteiligen.

Desweiteren müssen die üblichen Träger_innen öffentlicher Belange wie beispielsweise die Bezirksverwaltung, Hochbahn/HVV, Fachverbände wie ADFC und ADAC sowie Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und Senior_innen vom Prozess und den stattfindenden Veranstaltungen in Kenntnis gesetzt werden.

4. Der gesamte Prozess muss von einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, die eine regelmäßig aktualisierte Präsenz im Internet, Pressearbeit, Flyer, Plakate und Informationen im Regionalausschuss umfassen sollte. Sind mehrere Veranstaltungen geplant, sollen die Ergebnisse einer vorherigen Veranstaltung vor der jeweils nächsten veröffentlicht werden.
5. Darüber hinaus wird der LSBG aufgefordert, eine Diskussionsplattform im Internet für diesen und nachfolgende Prozesse ins Leben zu rufen, auf der sich Bürger_innen, Politik und die beteiligten Expert_innen unabhängig von den organisierten Veranstaltungen austauschen können.
6. Nach Abschluss des Prozesses soll in geeigneter Weise öffentlich dargestellt werden, wie mit dessen Ergebnissen jeweils umgegangen wurde. Dafür sollen diese unter anderem in die formalen Planverfahren mit 1. Verschickung eingespeist und als Teil der Rückmeldung der „Träger öffentlicher Belange“ mit abgewogen werden.

Für die SPD-Fraktion:	Alexander Kleinow
Für die CDU-Fraktion:	Martin Fischer
Für die GRÜNE Fraktion:	Christoph Reiffert, Carmen Möller
Für die Fraktion DIE LINKE:	Lars Buchmann
Für die FDP-Gruppe:	Claus-Joachim Dickow
Für die Gruppe Piraten:	Markus Pöstinger

Anlage/n:
Keine